

**Pressekonferenz zur Einreichung der Eidgenössischen Volksinitiative
«Für den Schutz vor Waffengewalt» – Bern, 23. Februar 2009**

Redebeitrag von Reto Moosmann, Sekretär GSoA/Mitglied des Initiativkomitees

Eines der grössten Sicherheitsrisiken der Schweiz sind Schusswaffen oder genauer: Die Armeewaffen. Denn von den mehr als 2,3 Millionen Feuerwaffen, welche sich heute in Schweizer Haushalten befinden, sind etwa 1,7 Millionen Militärwaffen, also rund drei Viertel aller Schusswaffen. In jedem vierten Schweizer Haushalt befindet sich Schätzungen zufolge mindestens eine Schusswaffe. Diese Bewaffnung breiter Bevölkerungsschichten ist das Resultat einer verfehlten Armeepolitik während Jahrzehnten.

Rund 300 Menschen sterben jährlich durch eine Armeewaffe, sei dies durch ein Gewaltverbrechen oder durch Suizid, so die Berechnungen des Strafrechtsprofessors Martin Killias. Um diese Zahl ist eine heftige Debatte entstanden. Das VBS relativiert diese Zahlen und sagt, es könnten auch "nur" 180 Fälle sein (vgl. Factsheet VBS: Armeewaffen, Suizide, Tötungsdelikte, Juni 2007). Diese Rechenspiele sind zynisch. Denn jedeR Tote *durch eine Armeewaffe* ist eineR zuviel.

International vergleichende Studien zeigen: Je einfacher Schusswaffen verfügbar sind, desto grösser ist der Missbrauch durch die Besitzer. Das heisst: Um die Schweiz sicherer zu machen, muss die Verfügbarkeit von Waffen reduziert werden. Da der grösste Teil der Waffen in der Schweiz Armeewaffen sind, muss insbesondere bei der Ordonnanzwaffe angesetzt werden.

Unsere Initiative fordert deshalb die Verbannung der Armeewaffe ins Zeughaus. Und dass diese den Soldaten beim Ausscheiden aus der Armee nicht mehr überlassen wird. Die Initiative will, dass die Armee endlich ihre Verantwortung für eine sicherere Schweiz wahrnimmt. Die Tradition der Heimabgabe der Armeewaffe macht sicherheitspolitisch längst keinen Sinn mehr. Denn die Idee war ursprünglich, dass sich der Soldat bei Ausbruch eines Krieges auf eigene Faust von zu Hause zum Mobilisierungsplatz durchkämpfen kann. Heute glaubt selbst die Armee nicht mehr an dieses bizarre Szenario. Trotzdem weigert sich die Armeespitze, mit der gefährlichen Tradition der Heimaufbewahrung zu brechen. Das ist inkonsequent, verantwortungslos und empörend. Der Kompromiss der Armee, die Taschenmunition einzuziehen, löst das Problem nicht grundsätzlich, denn Munition fürs Sturmgewehr ist auch weiterhin in jedem Waffengeschäft problemlos erhältlich. Für Soldaten ist es zudem kein Problem, die Munition im WK mitlaufen zu lassen. Mit dem Verzicht auf die Heimabgabe von Munition gesteht die Armee aber ein, dass die Schweiz keine 250'000 Soldaten mehr braucht, die sich im Kriegsfall bis zum Mobilisierungsplatz durchkämpfen können. Konsequenterweise hätte die Armee deshalb nicht nur die Taschenmunition, sondern auch die Armeewaffen eingezogen.

Ausgerechnet diejenigen Kreise, welche ständig und lautstark nach mehr Sicherheit rufen, ausgerechnet diejenigen Kreise, welche Bedrohungen für die Sicherheit heraufbeschwören und Panikmache betreiben, genau diese Kreise sind es, welche vehement gegen unsere Initiative ankämpfen, die für mehr Sicherheit sorgen würde. Das ist absurd.

Die GSoA hat sich seit Beginn stark für die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» engagiert, weil mit ihr eine alte Forderung der GSoA – die Verbannung der Armeewaffe ins Zeughaus – aufgenommen wird. Mehr als 32'000 Unterschriften haben GSoA-AktivistInnen für die Initiative gesammelt und so wesentlich zu deren Zustandekommen beigetragen. Um das Anliegen der Initiative durch zusätzlichen Druck zu untermauern, hat die GSoA mehrere kollektive Waffenabgabeaktionen organisiert, also Aktionen des zivilen Ungehorsams. Die Reaktion vieler Soldaten hat uns gezeigt: Die Soldaten selber wollen die Waffe nicht mehr zu Hause aufbewahren. Für die meisten ist es zudem unmöglich, die Waffen wirklich sicher zu lagern. Keiner der beteiligten Soldaten wurde bislang rechtlich belangt.

Für uns ist klar: Die Heimaufbewahrung der Armeewaffe und deren Überlassung beim Ausscheiden aus der Armee ist überholt. Machen wir also endlich Schluss mit dieser gefährlichen Tradition – setzen wir uns ein für eine sichere Schweiz.